

Rüdiger Hachtmann

Revolution von 1848 in Berlin

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.882>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Revolution von 1848 in Berlin,
in: 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden, herausgegeben
vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe, Nomos Baden-Baden, 1998, S. 291-
292

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (1998), Revolution von 1848 in Berlin, Dokserver des Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.882>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, Revolution von 1848 in Berlin, in: 1848/49.
Revolution der deutschen Demokraten in Baden, herausgegeben vom Badischen Landesmuseum
Karlsruhe, Nomos Baden-Baden, 1998, S. 291-292

Revolution von 1848 in Berlin

Auch in Berlin schlug die Pariser Februarrevolution wie »ein Blitz aus heiterem Himmel« ein und weckte Hoffnungen auf fundamentale politische Reformen. Wie in anderen deutschen Städten fanden sich in Berlin in der zweiten Märzwoche zunächst Hunderte, bald schon Zehntausende von Menschen zu politischen Versammlungen in dem der Stadt vorgelagerten Tiergarten zusammen. Anfangs zaghaft, nach kurzer Zeit dann entschiedener begannen sie, »Volksforderungen« aufzustellen, wie sie anderswo gleichfalls kursierten: nach Aufhebung des Versammlungs- und Vereinigungsverbots sowie der Zensur; Gesellen und Arbeiter verlangten darüber hinaus nach französischem Vorbild bereits die Schaffung eines »Arbeiterministeriums«. Für Preußen und seine Hauptstadt waren diese politischen Bewegungen unmittelbar vor der Revolution allerdings ein größerer Bruch mit der Vergangenheit als im Südwesten Deutschlands. Denn im Unterschied zu Baden, Württemberg und anderen Staaten, die schon lange eine Verfassung sowie ein recht kräftig entwickeltes politisches Vereinswesen besaßen, mußte »das Volk« in Berlin und Preußen 1848 gleichsam »bei Null« anfangen und »Politik« überhaupt erst lernen.

Es waren denn auch nicht die Versammlungen und die Petitionen, die dort formuliert wurden, es war das Militär, das (unfreiwillig) die Revolution »machte«. Infolge von Überreaktionen der Soldaten, die damals bei drohenden Unruhen zugleich als Polizei eingesetzt wurden, kam es bereits seit dem 13. März zu blutigen Auseinandersetzungen mit dem Militär, die auf Seiten des Volks mehrere Tote und zahlreiche Verletzte forderten. Wut und Haß auf die Soldaten sowie namentlich den Prinzen von Preußen, der als Drahtzieher hinter den Übergriffen vermutet wurde, waren grenzenlos.

Als am 18. März 1848 Truppen den Platz vor dem Berliner Stadtschloß von Demonstranten, die eigentlich nur gekommen waren, um einige unverbindliche Zugeständnisse des Königs zu feiern und weitere zu fordern, »säubern« wollten und dabei die Gewehre von zwei Soldaten versehentlich losgingen, witterte das Volk »Verrat«. Insgesamt wurden knapp tausend Barrikaden errichtet, zunächst improvisiert und vom Militär leicht einzunehmen. Später entstanden in den von der Berliner Armenbevölkerung bewohnten Vorstädten riesige, kunstvoll gefügte Bauwerke, die die Truppen erst nach tagelangen, verlustreichen Kämpfen hätten erobern können. Der Abzug der Soldaten am 19. März, das wußten auch die verantwortlichen Generäle, war unumgänglich, zumal die westlichen Provinzen und Schlesien drohten, sich von Preußen zu lösen. Der Sieg des »Volkes von Berlin« war teuer erkauft: Knapp dreihundert Barrikadenkämpfer kamen ums Leben,

fast neunzig Prozent von ihnen gehörten den niederen Bevölkerungsschichten an.

Indem Friedrich Wilhelm IV. in den folgenden Tagen dem Druck von unten nachgab, Preußen ehrlichen Herzens in eine parlamentarische Monarchie umzuwandeln und außerdem den nationalen Einigungswünschen nachzugeben schien, rettete er die Monarchie und Hohenzollernndynastie: Im Unterschied zu Paris, dagegen im Gleichklang mit der Entwicklung in den meisten europäischen Staaten, machte die Berliner Revolution vor den Thronen halt.

Geschwächt wurde die revolutionäre Bewegung in der preußischen Hauptstadt stärker als andernorts dadurch, daß sie in hohem Maße zersplittert war. Während die im nationalen Maßstab eher »rechts« stehenden und stark »borussisch« geprägten Berliner Liberalen schon bald auf Distanz zur Märzrevolution gingen, verloren die Demokraten, die erst allmählich zu Republikanern wurden, in den besser gestellten Bevölkerungskreisen der Preußenmetropole an Rückhalt. Wachsende Resonanz fanden sie dagegen in den städtischen Unterschichten Berlins. Dennoch blieb die demokratische Bewegung »bürgerlich«. In den Klubs waren bis zum Ende der Berliner Revolution junge Linksintellektuelle (wie man heute sagen würde) tonangebend; die Revolution in Berlin und anderen größeren Städten war insofern auch eine Art Jugendrevolte gegen die etablierte Elterngeneration.

Fast zeitgleich wie in Frankfurt trat in Berlin eine »Nationalversammlung« zusammen. Im Unterschied zur Deutschen Nationalversammlung blieb die preußische Volksvertretung zeit ihrer Existenz jedoch gefesselt – durch eine Klausel im Wahlgesetz vom April 1848, die vorschrieb, daß sich Preußische Nationalversammlung und Krone über die künftige Verfassung zu »vereinbaren« hätten. Was geschehen solle, wenn dies nicht gelang, blieb offen. Der Versuch der Linken, die Vereinbarungsklausel zu knacken, indem die Abgeordneten der preußischen Konstituante die förmliche »Anerkennung« der Berliner Märzrevolution aussprachen und sich damit zum einzig entscheidenden legislativen Organ machten, scheiterte am 8. Juni 1848 knapp.

Diese verweigerte »offizielle« Anerkennung der Märzrevolution bildete wiederum den Hintergrund für den Sturm auf das Berliner Zeughaus eine Woche später. Auslösendes Moment für die Plünderung eines der zentralen Waffenarsenale Preußens war die Weigerung der kommunalen Behörden, die große Masse der männlichen Stadtbevölkerung, die das Bürgerrecht nicht besaßen, in die in der zweiten Märzhälfte gegründeten Bürgerwehren aufzunehmen. Der gescheiterte Zeughaussturm vom 14./15. Juni ist als spontaner und hilfloser Versuch der Unterschichten zu interpretieren, die ersehnte Volksbewaffnung Wirklichkeit werden zu lassen. Der von Demokraten und Soziali-

sten zum »ersten Wetterleuchten der zweiten Revolution« stilisierte, von Konservativen und dem rechten Flügel der Liberalen dagegen zur »Schändung des Ehrentempels preußischen Waffenruhms« degradierte Zeughaussturm leitete in Preußen die politische Wende ein – ähnlich wie wenig später im europäischen Maßstab der blutig niedergeschlagene Pariser Juniaufstand.

Reforminitiativen der knappen liberaldemokratischen Mehrheit der Preußischen Nationalversammlung sorgten freilich dafür, daß sich Demokraten und Liberale der preußischen Hauptstadt im Hochsommer weiterhin im Aufwind wähnten. Mit Beschlüssen, den Adel »abzuschaffen« und den monarchischen Titel »von Gottes Gnaden« zu streichen, schienen sie die Krone in die Defensive zu drängen. Vor allem der im Spätsommer gefaßte Beschluß, es konservativen Offizieren zur »Ehrenpflicht« zu machen, aus der Armee auszuscheiden, setzte Krone und Kamarilla unter Zugzwang. Besonders besorgniserregend war aus der Perspektive der Obrigkeit, daß demokratische Ideen im Militär Eingang fanden und nicht selten gleich mehrere hundert Soldaten Volksversammlungen und Sitzungen der demokratischen Klubs in Berlin besuchten. Die Armee als letzter verlässlicher Stützpfeiler der Hohenzollernmonarchie zeigte Risse. Die Gegenrevolution mußte handeln.

Wenn am 10. November etwa 12.000 Soldaten unter dem General v. Wrangel in die preußische Hauptstadt einmarschierten und Wrangel die Bürgerwehr entwaffnen, den Belagerungszustand ausrufen, die zahlreichen Klubs verbieten sowie am 15. November 1848 schließlich die Preußische Nationalversammlung auflösen konnte, ohne in der »roten Hochburg« Berlin auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, dann lag dies in erster Linie an der günstigen gesamteuropäischen Konstellation. Vor allem die rigorose Gewalt, mit der Ende Oktober die revolutionäre Bewegung in Wien unterworfen wurde, hatte der preußischen Krone Mut eingeflößt. Entscheidend war außerdem, daß spätestens seit Sommer 1848 die Angst um wirtschaftliche und politische Stabilität die Mehrheit des Bürgertums und der Mittelschichten an die Seite der Krone trieb. Die Abneigung dieser Schichten gegen die Revolution hatten in der preußischen Hauptstadt ein Bündnis zwischen »Bürger« und »Arbeiter«, wie vor allem die in Berlin starke Arbeiterbewegung wollte, im Grund genommen von vornherein ausgeschlossen. Mit der am 5. Dezember 1848 oktroyierten, recht liberalen Verfassung besiegelte die Krone das neue Bündnis zwischen Bürgertum und alten Eliten. Daran änderte auch eine Verfassungspraxis nichts, die den auf dem Papier garantierten Grundrechten diametral entgegenstand.

Unterbrochen wurde die durch äußeren Druck geschaffene Stille in der preußischen Hauptstadt nur im Frühjahr 1849 kurzzeitig. Als das im Januar 1849 gewählte preußi-

sche Abgeordnetenhaus aufgelöst wurde, weil eine Mehrheit seiner Mitglieder Ende April die freiheitliche Reichsverfassung anerkannt und die Aufhebung des Belagerungszustandes für Berlin gefordert hatte, kam es vom 27. bis 29. April 1849 zu Straßenkämpfen mit dem Militär, die sieben Berliner mit dem Leben bezahlten. Diesmal stellten die Truppen »Ruhe« und »Ordnung« für lange Zeit wieder her. Auch liberaldemokratische Berliner konnten danach nurmehr passiv registrieren, wie preußische Krone und Truppen die im November 1848 in ihrer Stadt geschaffene Friedhofsruhe mit sanfter oder brachialer Gewalt auf die umliegenden Staaten ausdehnten – zunächst auf Mecklenburg-Strelitz und vor allem die drei anhaltischen Herzogtümer, wo die radikale Demokratie den politischen Verhältnissen nachhaltig ihren Stempel aufdrückte und die Landtage so eindeutig dominierte, wie in Deutschland (mit Ausnahme Badens 1849) sonst nirgends. Die rigorose Unterdrückung der Aufstände in Sachsen, der Pfalz und in Baden im Frühjahr und Frühsommer 1849 durch preußische Truppen mit dem Prinz von Preußen und nachmaligen Kaiser Wilhelm I. an der Spitze, dem bereits Mitte Mai 1848 ein Potsdamer Demokrat, der nach den Revolutionskämpfen in Baden zum Tode verurteilt und am 31. Juli 1849 erschossene Max Dortu, mit geradezu prophetischem Blick den Namen »Kartätschenprinz« verliehen hatte, zeigte dann unmißverständlich, wer in ganz Deutschland wieder das Sagen hatte.

Rüdiger Hachtmann

Lit.: Hachtmann, 1997.

